Nummer 477

Bezugs-Preis:
Vierteljährlich 12 Mark, monatlich 4 Mar., für das Ausland mit dem entsprechenden Aufschlag. Kreuzbandsendungen 36 Mk.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Berlin W 8, Kronenstraße 37

Bestellungen werden angenommen bei allen Postanstalten, Zeitungsspediteuren und unserer Geschäftsstelle

Berliner Börsen-Zeitung
Morgen-Ausgabe

65. Jahrgang

Anzeigen-Preis:
Die 5 gespaltene Zeile 2,00 Mk. Reklamezeile 6 Mk.

Alle besondere Beilagen erbeten: Tagesnotizen zum Kurszettel. Börsenschein-Kalender. Deutsche Lebensversicherungs-Gesellschaften. Allgem. Verlosungslisten mit Restanten, Ziehungslisten der Preuß.-Südd. Klassenlotterie und viele andere tabellarische Uebersichten

Die Zeitung erscheint i. d. Woche dreimal

Zuschriften an die Geschäftsstelle direkt erbeten.

Telegramm-Adresse: »Börsenkrone« | Fernsprecher der Schriftleitung und Geschäftsstelle: Zentrum 243 u. 12352 | Sonntag, 19. Oktober 1919 | Fernsp. d. Druckerei: Zentrum 2488 | Postscheck-Konto: Berlin 26412 | Einzelpreis 15 Pf.

Die Einigung der Sozialdemokratie.

Von
Dr. Richard Bahr.

Herr Scheidemann hat seine Einigungsrufe vergeblich erschallen lassen; seit 1½ Wochen regnen ihm die unabhängigen Körbe ins Haus. Dieser Tage ist ihm dann im Preußenhaus von Herrn Dr. Rosenfeld die letzte und — so darf man sie wohl auffassen — endgiltige Absage erteilt worden: die Unabhängigen dächten gar nicht daran, sich mit der „Partei des Belagerungszustandes" zusammenzuschließen. Das Proletariat zu einigen, wären sie noch wie vor bereit. Das aber sei ganz etwas Anderes als die Einigung der Sozialdemokratie. Man braucht sich bei der grotesken Komik der Szene nicht weiter aufzuhalten, daß ausgerechnet der Bourgeois-Sproß Kurt Rosenfeld, der Schwiegersohn und Erbe des schwer begüterten Lederhändlers, heiter und unbefangen, im pluralis majestaticus daherredet: „Wir Proletarier". Derlei Lächerlichkeiten tönen in unabhängigen und kommunistischen Kreisen längst nicht mehr. Die Unterschiede zwischen privater und öffentlicher Moral sind dort noch weit greller als sonst, leider, in unserem politischen Leben. Halten wir uns an die Tatsachen. Herr Scheidemann hatte gerufen und keiner, keiner ist gekommen. Die Unabhängigen wollen so gütig sein, die Mehrheitssozialisten auch fürderhin von innen heraus auszuhöhlen und ihnen die Wähler abspenstig zu machen. Einen Friedensschluß, eine irgendwie geartete Einigung, ja auch nur ein gemeinsames Marschieren weisen sie von der Hand. Frischer, fröhlicher Kampf (was sie so frisch und fröhlich heißen: Maschinengewehre, Besetzung und Verarmung mißliebiger Blätter) bleibt die Parole.

Hat ein so kluger, mit den Stimmungen der Massen und der Sinnesart seiner intimen Gegner, die ihm zum Teil doch auch persönliche Feinde sind, immerhin vertrauter Herr, wie der derzeitige Führer der Mehrheitssozialisten in der Nationalversammlung, sicher einen anderen Erfolg erwartet? Wer es wirklich eine „Schnsuchtsvorlage": kehre zurück, es ist alles vergeben! Oder war es nur ein taktischer Schachzug, der in weiser Voraussicht den kommenden Massen den Weg bereiten sollte? Gewissermaßen eine Entlastungsoffensive, dazu bestimmt, Vorwürfe und Verstimmungen wegen des auf breiterer Basis erneuten Blockexperiments von vornherein zu entkräften? Um dann hinterher, wenn die Offerte abgelehnt ward, um so lauter erklären zu können: unsere Schuld ist es nicht, die Unabhängigen haben es nicht gewollt. In diesem Falle wäre zu sagen, daß Herr Scheidemann die Gelegenheit, bei der Menge sich zu exkulpieren, nicht gerade glücklich wählte. Man kann (schließlich sind wir, wennschon bedauerlicherweise nicht über die Revolution 'n Hengabelsjuhne, so doch über die Epoche der Schlapphüte und der verwogen im Winde flatternden Zaddelbinden heraus) auch als Volksmann Lebensart und milder Sitten Freundlichkeit bewahren. Wie unliebenswürdig, Leuten, die man eingestandenermaßen braucht, in dem Moment, da sie der Ladung folgen, ganz im Stil des unpolierten Berlin von heute zuzurufen: Sie sind uffgefordert, aber nich ingeladen. Am liebsten hätten wir auch das nicht einmal getan, aber es ging leider nicht anders! Die Demokraten, die in die Regierung eingetreten sind, nicht um der immer noch schönen Augen des Herrn Scheidemann willen, sondern weil es ihnen vaterländische Pflicht erschien, dem schwanken und brüchigen deutschen Gemeinwesen über die schweren Prüfungen des kommenden Winters hinüberzuhelfen, werden dadurch gewiß sich nicht ansechten lassen. Herr **von Richthofen** hat dem ersten Ministerpräsidenten des republikanischen Deutschland ein wenig ironisch und recht überlegen schon vor einer Woche das Erforderliche eröffnet. So wie er denken alle, die die Dinge nüchtern, sachlich, politisch zu erfassen vermögen. Aber auf das Treibholz, das ohne eigene feste Orientierung zwischen den Parteien hin- und herschwimmt, auf alle die Elemente, die sich vorwiegend von Stimmungen beeinflussen lassen und ohnehin in den letzten Monaten in unruhevolle Bewegung gerieten, wirken solche Rauheiten der Form verwirrend, fast abstoßend. Und der von der deutsch-nationalen Agitation eifrig genährte Glaube wächst: wo nicht nur noch von Leuten regiert, die aus Parvenuepolis kommen.

Es ist richtig, in den breiten Massen der Mehrheitssozialdemokratie, zumal in **Berlin**, lebt eine starke Strömung für die Einigung. Auch das sind Stimmungspolitiker, sofern sie überhaupt Politiker sind. Gläubige, vielfach noch mit dem ganzen kindlichen Glauben aus der Zeit, wo der Sozialismus noch Religion, die Heilslehre der Enterbten und Bedrückten war. Der Bruderzwist, den sie zum Teil für ein Werk der Führer halten, widert sie an. Aus der Vereinigung der während der Kriegsläufte und durch sie gespaltenen Heerhaufen, meinen sie, könnte der Sozialdemokratie neue Kraft kommen. So erst der eigentlichen Sendung der Revolution, der Sozialisierung (was so von ungelehrten Köpfen darunter verstanden wird) Erfüllung werden. Dieser Sehnsucht der Massen gesellen sich dann die Wünsche und Bestrebungen einzelner Intellektueller, wohl auch vereinzelter intellektueller Schichten, die auf der Grenzscheide zwischen Unabhängigen und Mehrheitssozialdemokraten stehen. Die mit dem Rätegedanken spielen und durch geistreichelnde Konstruktionen dem derbsäuftigen Habebald-Materialismus der Unabhängigen die Spitze umbiegen möchten. Hier und da hat man freilich das Gefühl, daß, was sie in die Oppositionsstellung treibt, nur die ewige Unbefriedigtheit der Leute ist, die ungern andere da sitzen sehen, wo sie selber sitzen möchten. Aber auf Herrn Scheidemann trifft das am Ende doch wohl kaum zu. Solange die Verhältnisse in Deutschland sich nicht von Grund auf ändern, bleibt er ein Ministrabler: über ein Kleines und er sitzt wieder auf stolzem Roß.

So lassen sich die letzten Ursachen, die den aus der Heimat des Wilhelm Tell heimgekehrten Herrn Scheidemann veranlaßten, in der Rolle des alten Attinghausen zu gastieren, schwer überfehen. Nur eines erkennt man klar: daß dieser Werberuf ein Fehlgedanke war. Aus der nächsten Nachbarschaft des Herrn Scheidemann, aus den Reihen seiner Fraktionsgenossen und von ihm eng betreundeten Publizisten, ist in diesen Tagen, sauber und mit zwingender Logik, dargetan worden, worum es schlechthin unmöglich ist, daß zur Zeit Mehrheitssozialdemokratie und Unabhängige sich wieder zusammenfinden. Die besten, schlagendsten Argumente sind freilich in den Erörterungen der letzten Wochen von den Unabhängigen selber geliefert worden. Herr Breitscheid, der einstige Jünger Theodor Barths, hat seine heutige Freundschaft aufgefordert, sich doch „über die Forderungen der formalen Demokratie hinwegzusetzen". Herr Dr. Kurt Rosenfeld aber hat in der preußischen Landesversammlung mit einem Freimut, der ihn ehren könnte, wenn zu solchem Belennntnis heute noch Mut gehörte, erklärt: seine Partei müßte es ablehnen, ein für alle Mal jede Gewalttat abzuschwören. Die Unabhängigen sind eben in Wahrheit noch Anarchisten, Kommunisten, Putschisten kaum noch mit bloßem Auge zu unterscheiden. Und darum wäre es unpolitisch und unhistorisch dazu, wenn die Mehrheitssozialdemokraten mit ihnen sich irgendwie vergleichen wollten. Sie müßten dazu den ganzen Weg wieder zurückmarschieren, der sie von ihren tumultarischen, putschistischen, revolutionären Anfängen trennt. Sie könnten in solcher Verfassung agitieren und den Applaus des Wahlpöbels sich erringen. Regieren — und darauf legt doch wohl auch Herr Scheidemann Wert — regieren könnten sie nicht . . .

Die Verzögerung der Ratifikation.

Erst Regelung der baltischen Frage?

TU **Genf**, 18. Oktober.

Obwohl der „Petit Parisien" in seiner gestrigen Nummer behauptet, daß die Ratifikation des Friedensvertrages unmittelbar bevorstehe, ist der Tag für die Ratifikation immer noch nicht bestimmt worden. Tatsache ist, daß die englische Regierung schon seit Beginn der Woche sich in Paris befindet und daß auch Tittoni die Ratifikation des Königs von Italien am Mittwoch überbracht hat. Wenn die Ratifikation noch nicht vollzogen ist, so muß man daraus, wie auch der Pariser Korrespondent des „Progreß de Lyon" heute berichtet, folgern, daß besondere Gründe vorliegen. Die einen sagen, so heißt es in dieser Information, daß die Zeremonie des Austausches der Ratifikationsurkunden besonder Vorbereitungen möglich machen. Andere versichern, daß man mit Deutschland keine Ratifikation austauschen müsse, bevor die baltische Frage geregelt sei. Schließlich wird behauptet, daß man Amerika und Japan die notwendige Zeit lassen müsse, um die Ratifikation gleichzeitig mit den übrigen Großmächten zu unterzeichnen.

•

Versailles, 17. Oktober.

Wie „Temps" mitteilt, scheine man in gewissen amerikanischen Kreisen zu bedauern, daß der Friedensvertrag in Kraft trete, ohne daß der Senat Amerikas Gelegenheit gehabt habe, seine Beratungen darüber zu beendigen. Der „Temps" sagt, von französischer Seite bedaure man dies natürlich auch, jedoch müsse man bedenken, daß von dem Augenblick an, in dem drei alliierte Großmächte und Deutschland den Friedensvertrag ratifiziert hätten, sein Inkrafttreten weder von dem Willen noch von der Initiative einer alliierten Regierung im besonderen abhänge, da einzig und allein Artikel 440 des Friedensvertrages dafür in Betracht käme. Der „Temps" glaubt indessen, daß die amerikanische Regierung entschlossen sei, sich in keiner Weise der Ausführung des Friedensvertrages zu entziehen, insbesondere würden die amerikanischen Truppen an der Besetzung Oberschlesiens teilnehmen. Deutschland, so fährt das Blatt fort, könne sich dem Inkrafttreten des Vertrages nicht unter dem Vorwand, Amerika habe nicht ratifiziert, widersetzen. Nur eine tendenziöse Auslegung des Textes könne Deutschland dahin führen, die Gültigkeit der einen oder anderen interalliierten Kommission, in der Amerika noch nicht vertreten sei, anzuzweifeln. Jedoch sei es nach Artikel 440 des Friedensvertrages kaum zweifelhaft, daß nach Inkrafttreten des Friedensvertrages die Organisationen regelrecht konstituiert werden könnten, die für die Ausführung des Friedensvertrages unerläßlich seien.

Versailles, 18. Oktober.

Die sozialistischen Abgeordneten Mauger und Lecointe wurden laut Beschluß des Verwaltungsrats der sozialistischen Partei gestern, weil sie für die Ratifizierung des Friedensvertrages von Versailles gestimmt hatten, aus der sozialistischen Partei ausgeschlossen.

Teilnahme Amerikas am Exekutivausschuß.

TU **Genf**, 18. Oktober.

Die aus Washington eingetroffenen Nachrichten, wonach die Vereinigten Staaten noch vor der Ratifizierung des Friedensvertrages wenigstens passiv an den Arbeiten des Exekutivausschusses teilnehmen werden, gestaltet nach der Ansicht des „Corriere della Sera" das beschleunigte Inkrafttreten des Versailler Friedensvertrages. Durch die Erklärung, daß die amerikanischen Delegierten bei den Arbeiten assistieren, wird der Charakter des Provisoriums gekennzeichnet. Statt bei den Beschlüssen mitzuwirken, dürften sich die Vertreter der Vereinigten Staaten darauf beschränken, ihrer Regierung über den Verlauf der Verhandlungen zu berichten.

Der Fall v. d. Goltz.

Berlin, 18. Oktober.

Das Kabinett beschäftigte sich heute mit dem Telegramm, das der bisherige Truppenbefehlshaber im Baltikum Graf von der Goltz an den Reichswehrminister Noske gesandt hat. Die Reichsregierung mißbilligt dieses ihrer Politik gänzlich zuwiderlaufende Telegramm aufs schärfste und sieht von einem Verfahren gegen den General, der sich gestern in Berlin weilt, nur wegen des Umstandes ab, weil dieser bereits sein Abschiedsgesuch eingereicht hat.

Der parlamentarische Untersuchungsausschuß.

Berlin, 18. Oktober.

Wie wir von parlamentarischer Seite erfahren, hat der Zweite Unterausschuß des Untersuchungsausschusses in seiner heutigen Sitzung folgende Änderung in der Tagesordnung seiner ersten öffentlichen Sitzung am kommenden Dienstag vorgenommen. Die Vernehmung des ehemaligen Botschafters in Washington, Grafen Bernstorff wird bereits in der ersten öffentlichen Sitzung am Dienstagvormittag stattfinden und zwar im unmittelbaren Anschluß an das Referat des Berichterstatters Dr. Sinzheimer. Einladungen zum Erscheinen in dieser öffentlichen Sitzung sind an folgende Persönlichkeiten ergangen: von Bethmann-Hollweg, von Jagow, Zimmermann, Helfferich, von Capelle und Ludendorff.

Ein deutsches Riesenflugzeug von den Polen abgeschossen.

TU **Kratau**, 18. Oktober.

Vor einigen Tagen wurde in Sarbusch ein deutsches Riesenflugzeug, das auf dem Wege nach der Ukraine war, von den Polen abgeschossen. Das Flugzeug sollte einige Millionen in Berlin gedruckter ukrainischer Geldscheine nach der Ukraine bringen. Von den Insassen des Flugzeuges, unter denen sich ein deutscher Offizier befand, wurden drei Personen getötet, zwei andere schwer verletzt.

Abg. Graeber erkrankt.

Der Vorsitzende der Zentrumsfraktion der deutschen Nationalversammlung, Abg. Graeber wurde gestern auf dem Wege zum Reichstag von einem leichten Ohnmachtsanfall betroffen. Polizeioffiziere brachten ihn in das Reichstagsgebäude. Der Anfall dürfte, wie wir erfahren, durch die Arbeitsüberanstrengung der letzten Wochen verursacht sein. Abg. Graeber erholte sich rasch unter den Händen eines sofort herbeigerufenen Arztes und konnte in einem Auto in seine Wohnung gebracht werden. Sein Befinden gibt zu Besorgnissen keinen Anlaß.

Der Proteststreik im Rheinland.

Duisburg, 18. Oktober.

Der Proteststreik gegen das Verhalten der belgischen Besatzung in Orten in der Nähe des Rheins auf der linken Rheinseite dehnte sich gegen gestern weiter aus. Die Belegschaften von vier Bergwerken sind jetzt an dem Streik beteiligt, ferner alle Beamten und Arbeiter des Kruppschen Werkes Rheinhausen, das bis auf die Verrichtung der Notstandsarbeiten stilliegt. Einige Straßenbahnlinien haben den Betrieb eingestellt, die Geschäftshäuser und Gastwirtschaften sind geschlossen, nur die Lebensmittelgeschäfte geöffnet. In einer Versammlung der Streikenden wurde bekanntgegeben, daß au chdie Eisenbahner und die Postbeamten sich dem Streik anschließen, die Zahl der Streikenden beträgt 20000. Ihre Forderungen sind: Freier Verkehr mit dem übrigen Deutschland. Entfernung der Besatzungstruppen aus den Arbeitsstätten, strenge Verfolgung der geschehenen Übergriffe. Freilassung der aus politischen Gründen Verhafteten. Bessere Lebensmittelversorgung und Beseitigung des Schiebertums. Heute haben sich die Rheinschiffer mit den Streikenden solidarisch erklärt und drohen für den Fall, daß gegen sie mit Gewalt vorgegangen wird, die Rheinschiffahrt stillzulegen, die für die Kohlenlieferung der Entente von größter Bedeutung ist.

Kleine Nachrichten.

Wie wir hören, wird der Personenzugverkehr in Sachsen an Sonntagen eingestellt werden, und zwar vom 26. d. M. ab.

•

Amtlichen Angaben zufolge hat Großbritannien während des Krieges infolge feindlicher Operationen im ganzen 2479 Schiffe mit einem Gesamtinhalt von 7759000 Tonnen eingebüßt. Hierbei gingen 144287 Menschenleben verloren.

•

Nach einer Information der „Idea Nazionale" haben die italienischen Truppen am 3. Oktober mit der Räumung der Bucht von Cattaro begonnen.

•

Wie die „Baseler Nachrichten" melden, ist als Nachfolger des nach Stockholm versetzten italienischen Gesandten in Bern Herr Rosini ernannt worden, der zurzeit in Stockholm tätig ist.

Clemenceau.

Von
Freiherrn von Richthofen.
Mitglied der Nationalversammlung und Preußischen Landesversammlung.

Der französische Ministerpräsident hat vor einigen Tagen im Senat eine überaus bedeutungsvolle Rede gehalten, die man in Deutschland sehr genau nachlesen und beachten sollte. Herr Clemenceau hat sich mit bemerkenswerter Offenheit über das Problem des zukünftigen Verhältnisses zwischen Frankreich und Deutschland ausgesprochen, von dem Europas Schicksal in der Vergangenheit letzten Endes abhängig gewesen ist und, wie sich auch sonst die Zukunft gestalten mag, voraussichtlich abhängig bleiben wird. Wir Deutsche können eine so rückhaltlose Aussprache nur begrüßen. Und es wäre in hohem Maße wünschenswert, wenn wir in die Lage kämen, Herrn Clemenceau Staatsmännner gleicher Bedeutung gegenüber zu stellen, die ebenso, wie er es getan hat, ohne Ängstlichkeit und übertriebene diplomatische Vorsicht die schwersten Fragen der Menschheitsgeschichte anzufassen verstehen und sie damit allen sich immer von Neuem häufenden Gegenständen zum Trotz ein Stückchen Weges der Lösung entgegenzuführen vermögen.

Wir alle wissen, daß sich durch den Friedensvertrag wie ein roter Faden die Sorge Frankreichs vor einem Wiedererstarken Deutschlands hindurchzieht. Herr Clemenceau hat sich von solchen Gefühlen während der Vorbereitung des Friedens so gut wie ausschließlich leiten lassen. Seine überlegene Realsmännische Geschicklichkeit hat hierbei große Erfolge zu erringen vermocht, die allerdings den vielen chauvinistischen Heißsporonen in Frankreich noch lange nicht genügen. Daher kommt es, daß er sich eigentlich stets in der Defensive befindet und in seinen verschiedenen Reden bemüht sein muß, alle die ängstlichen Gemüter, die das deutsche Rachesschwert bereits über sich sehen, zu beruhigen. Auch seine große Senatsrede hat Herr Clemenceau auf diesen Ton gestimmt. Er hat von der Entwaffnung Deutschlands gesprochen, von der strengen Kontrolle, die in dieser Hinsicht über uns ausgeübt werden soll, und von der Hoffnung auf eine Hilfe der englischen und amerikanischen Verbündeten, wenn es doch noch einmal ernst werden sollte. Herr Clemenceau hat dann auf die wirtschaftliche Gefahr hingewiesen, die von Deutschland nach wie vor drohe, und die er gegenwärtig höher einschätzt als die militärische. Nicht ohne Trauer erklärt der französische Ministerpräsident, daß Frankreich durch die Umstände dazu verdammt sei, Deutschland wirtschaftliche Hilfe zu leisten. Und diese Erwägung ist es, die ihn am Schlusse seiner Ausführungen doch zu dem bemerkenswerten Eingeständnis führt, daß man über die 60 Millionen Menschen im Zentrum Europas nicht hinweggehen könne, daß der Haß keine Lösung zu bringen vermöge, und daß Frankreich seine gegenwärtige Herrschaft über Deutschland, wie Herr Clemenceau es zu nennen beliebt, mit Mäßigung ausüben müsse, um so Deutschland moralisch zu entwaffnen und die Versöhnung herbeizuführen, die für Frankreichs Zukunft und für Frankreichs Kinder von Nutzen sein werde.

Wahrhaftig, einer so offenen Sprache gebührt auch eine offene Antwort. Wie Deutsche können sie um so eher geben, als uns die Nichtschuld für unsere Politik der Zukunft vorgeschrieben ist und unsere Ziele seit dem Friedensvertrag von Versailles unverrückbar feststehen. Das heiligste Gut, das wir aus der furchtbaren Katastrophe des Weltkrieges gerettet haben, ist die Einheit unseres Vaterlandes, ist das durch den Ausgang des Krieges neu auflgen und nach innen noch fester zusammengeschweißte Deutsche Reich. Diese Entwicklung ist Herrn Clemenceau von Grund aus unsympathisch. Er gibt auch die Hoffnung noch nicht auf, daß es einer geschickten französischen Politik gelingen könnte, die Deutschen politisch wieder uneins werden zu lassen. Und wenn er diesem Wunsche hinzufügt, daß Frankreichs Interessen hierbei lediglich dahin gingen, einen neuen gemeinsamen Krieg ganz Deutschlands zu verhindern, nicht aber Deutschland sicherer beherrschen zu können, so hat diese auf die übrige Welt berechnete Phrase im französischen Senat allerdings lebhaften Beifall gefunden. Herr Clemenceau wird es uns aber nicht verübeln dürfen, wenn wir ihm hier den Glauben versagen. Denn in uns lebt die Überzeugung, daß die Einigkeit des Deutschen Reiches allein unser Volk vor dem Untergang als Nation zu bewahren vermag, und deswegen werden wir allen Bestrebungen, deren Zweck es ist, in Deutschland nationalgerfetzend zu wirken, den hartnäckigsten Widerstand leisten. Und so sehr auch wir die Meinung des Herrn Clemenceau teilen, daß die Einigkeit nicht durch Noten garantiert werde, sondern „im Herzen der Menschen lebe", auch diplomatisch und politisch wollen wir alles vermeiden, das geeignet sein könnte, diese Einigkeit auch nur im leisesten zu gefährden. Französische Blätter melden, daß die Absicht bestehe, wieder wie vor dem Kriege eigene Gesandtschaften der Entente in München zu errichten. Die mit diesen Gesandtschaften verknüpften Absichten sind so durchsichtig, daß man die bestimmte Erwartung aussprechen darf, das an seinem staatlichen Sonderleben mit besonderer Eigenliebe hängende, aber kerndeutsche Bayernvolk werde freiwillig auf die Zureise solcher ungebetener, ausländischer Gäste verzichten.

Herr Clemenceau spricht in seiner Rede mit nicht allzuviel Achtung und recht skeptisch von der gegenwärtigen deutschen Regierung. Aus seinen Worten ergibt sich, daß er trotz der Berufung auf bestunterrichtete Persönlichkeiten doch nur sehr mangelhaft informiert zu sein scheint. Da Herr Clemenceau überdies zugibt, unbeschadet eines vor dem Kriege alljährlichen Aufenthaltes in Deutschland oder Österreich, die deutsche Geistesart nicht verstehen zu können, so wird man das erklärlich finden. Was unser Volk in seiner übergroßen Mehrheit eigentlich denkt und will, hat Herr Clemenceau und mit ihm Frankreich bis heute nicht begriffen.

Theater, Konzerte usw.

Spielplan für Sonntag, den 19. Oktober.

Opernhaus.
213. Abonnem.-Vorstellung.
7½ Uhr: **Palestrina.**

Schauspielhaus.
226. Abonnem.-Vorstellung.
6½ Uhr: **Maria Stuart.**
Direkt.: Max Reinhardt.

Deutsches Theater.
7 Uhr: **Der Kaufmann von Venedig.**

Kammerspiele.
2½ Uhr: **Minna von Barnhelm.**
7 Uhr: **Iwanow.**
Dir.: Victor Barnowsky.

Lessing-Theater.
8 Uhr: **Der rote Hahn.**
7½ Uhr: **Christa, die Tante.**

Deutsches Künstler-Th.
8 Uhr: **Dies Irae.**
7½ Uhr: **Der Blaufuchs.**

Theater i. d. Königgr. Str.
Die Meinhard-Bernauer
3 Uhr: **Musik.**
8 Uhr: **Ein Traumspiel.**

Komödienhaus.
3 Uhr: **Fünf Frankfurter.**
8 Uhr: **Liselott von der Pfalz.**

Berliner Theater.
3 Uhr: **Tolle Komödie.**
7 U.: **Bummelstudenten.**

Volksbühne
Theater am Bülowplatz.
3 Uhr: **'s Jungfernstift.**
7½ Uhr: **Paul Lange und Tora Parsberg.**

Residenz-Theater.
7½ Uhr: **Das höhere Leben.**

Trianon-Theater.
7 Uhr: **Maskerade.**

Central-Theater.
Kommandantenstr. 57.
7½ Uhr: **Die Faschingsfee.**

Deutsches Opernhaus.
11 U.: **Sinfonie-Konzert.**
7 U.: **Cavalleria rusticana, Schwesterngruß, Bajazzo.**

Eden-Theater.
8 Uhr: **Prinzessin v. Rio.**
7¼ Uhr: **„U. A. w. g."**

Fried. Wilhelmst. Theater.
3 Uhr: **Jugend.**
7½ Uhr: **Gretchen.**

Kleines Theater.
3½ U.: **Kümmelblättchen.**
7½ Uhr: **Helden.**

Kleines Schauspielhaus.
7½ Uhr: **Er kann nicht bleiben.**

Komische Oper.
12 Uhr: **Matinee.**
3½ Uhr: **Schwarzwaldmädel.**
7½ Uhr: **Liebeszauber.**

Lustspielhaus.
3½ Uhr: **360 Frauen.**
7¾ Uhr: **„So ein Mädel".**

Metropol-Theater.
3 Uhr: **Charleys Tante** mit Thielscher.
7 Uhr: Sybill mit Massary und Thielscher.

Neues Operettenhaus.
3½ Uhr: **Keusche Susanne.**
7½ Uhr: **D. Dame vom Chevs.**

Schiller-Theater Charl.
3 Uhr: **Wiesenschlesier.**
7½ Uhr: **Meineidbauer.**

Thalia-Theater.
3 Uhr: **Poln. Wirtschaft.**
7½ Uhr: **Jungf. Sonnenschein.**

Theater a. Nollendorfpl.
3½ Uhr: **Wo die Lerche singt.**
7½ Uhr: **Der Vielgeliebte.**